

REICHENBACH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

08. September 2007

www.kas.de

„Parlamentarische Arbeit, politische Kultur und das christliche Verständnis vom Menschen“

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich herzlich für die Einladung, beim 46. Gesprächsforum des Johann-Amos-Comenius-Clubs Sachsen – gerade hier in Reichenbach – sprechen zu dürfen. Das Vogtland verbindet Sachsen und Thüringen besonders eng. Ich denke an die mutige Tat, die Vogtland-Philharmonie gemeinsam in Reichenbach und in Greiz anzusetzen, und ich hoffe, dass das auch für die Zukunft Bestand haben wird.

Am „Tag der Sachsen 2007“ – mit einer beeindruckenden Fülle an Veranstaltungen und der Vielzahl der beteiligten Vereine und Gruppen – über politische Kultur zu sprechen, heißt doch wohl zunächst einmal festzustellen, dass die Sachsen zu ihrem Landesbewusstsein ganz selbstverständlich zurückgefunden haben, was in der Vergangenheit nicht immer so selbstverständlich war. 37 Jahre lang waren sie durch die willkürliche Zerschlagung der Länder in der DDR daran gehindert, sächsische Gemeinsamkeit zu leben. Auch in einer schnelllebigen Zeit sollte man sich Zeit nehmen, darüber einen Augenblick Freude zu empfinden. Freude darüber, dass Sachsen wieder Heimat ist und Sachsen wieder Heimatfeste feiern kann, dass Sachsen ganz selbstverständlich ein Land in der Bundesrepublik Deutschland ist. Und nicht nur, weil wir heute in einer Kirche zusammen sind, darf man hinzufügen: Gott sei Dank!

Sachsen hat seine Eigenständigkeit, seine Geschichte und Tradition wieder gewonnen. Ein neues Land ist es im Gegensatz zu manchen westdeutschen Neugründungen nach dem Zweiten Weltkrieg gewiss nicht, sondern es hat eine alte Tradition. Von den

runden Tischen der Bezirke Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Dresden ging die Initiative zu einem sächsischen Landtag aus. In dieser Freiheits- und Demokratiebewegung des Herbstes 1989 wurzelt das heutige Landesparlament von Sachsen.

Am 14. Oktober 1990 – 40 Jahre nach der letzten Wahl zu einem sächsischen Landtag in der DDR – war das Volk im Freistaat Sachsen erstmals wieder zu Landtagswahlen aufgerufen und hat seitdem drei weitere Male einen Landtag gewählt.

Im Jahre 1992 hat sich Sachsen als erstes der fünf jungen Länder eine Verfassung gegeben, die in einigen Punkten gegenüber den Verfassungen der alten Länder neue und eigene Wege geht. Vor allem, weil sie ganz selbstverständlich die Erfahrungen und Ziele der friedlichen Revolution aufgreift, aber auch, weil sich diese vierte sächsische Verfassung zu Recht auf Traditionen einer eigenen sächsischen Verfassungsgeschichte stützt.

Vor ein paar Monaten hat der Sächsische Landtag zur Feier des 15. Verfassungstages in die Dresdner Dreikönigskirche eingeladen. Fraglos hat sich die sächsische Verfassung, wie die Verfassungen der anderen jungen Länder auch, in einer schwierigen gesellschaftlichen Umbruchphase bewährt. Sie ist Grund zu „maßvollem Stolz auf das Gelungene“, wie Roman Herzog gesagt hat.

Aber auch noch so berechtigter Stolz darf uns natürlich den Blick auf Probleme und Herausforderungen nicht nehmen. Im Gegenteil, er muss uns die Augen öffnen für die Gefährdungen unserer freiheitlichen Ordnung und für die Verpflichtung, die er-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

REICHENBACH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

08. September 2007

www.kas.de

kämpfte Freiheit zu sichern und mutig für die Zukunft zu gestalten. Selbst am „Tag der Sachsen“ kann – wie Sie mit der heutigen Veranstaltung deutlich machen – die Sorge um die Freiheit und um die Zukunft nicht ruhen.

Über alle noch so drängenden tagesaktuellen Fragen, die zu bestehen sind und die ohne Zweifel von Ihnen auch künftig bestanden werden, dürfen grundsätzliche Fragen nach der politischen Kultur der parlamentarischen Arbeit nicht zu kurz kommen. Gerade in schwierigen Situationen, in denen die Meinungen hart aufeinandertreffen, droht Desorientierung im legitimen Ideenkampf und droht eine Aufweichung demokratischer Gemeinsamkeit, die das eigentliche Fundament unserer freiheitlichen Ordnung ausmacht. Verfassung heißt Grundkonsens, heißt Einigung auf das, was gemeinsame Grundlage für alle sein soll.

Sie haben mich gebeten, über Einigung und gemeinsame Grundlagen zu sprechen. Und Sie schreiben im Einladungstext: „Bernhard Vogel wird uns Einblicke vermitteln, wie politische Kultur trotz unterschiedlicher Auffassungen möglich ist und auf welche Weise das christliche Verständnis vom Menschen dabei behilflich sein kann.“ Ich bin versucht, an einen Satz von Hans Sachs in den Meistersingern zu denken: „Euch macht ihr's leicht, mir macht ihr's schwer“. Ich werde deswegen – bei Versuch, diesen Auftrag zu erfüllen – Ihnen in den nächsten Minuten ein bisschen etwas zumuten müssen.

Politische Kultur in der parlamentarischen Arbeit ist gegen alle Erfahrung öffentlich ausgetragener Polemik nicht automatisch das, was man selbst besitzt und was dem politischen Gegner fehlt. Sondern politische Kultur ist das, was dem politischen Gegner genauso geschuldet ist wie sich selbst. Sie bemisst sich danach, wie die Parlamentarier demokratischer Parteien trotz unterschiedlicher Auffassungen miteinander umgehen, sie bemisst sich nach gegenseitiger Fairness, nach der Einhaltung politischer Spielregeln. Die Bürger erwarten zu Recht, dass ihre gewählten Vertreter in den Parlamenten glaubwürdige Vorbilder demokratischer Reife und Bürgertugend sind. Wenn sie es nicht

sind, dann sind die Bürger enttäuscht. Und sie haben ein Recht dazu.

Wir wissen aus Umfragen, dass die Deutschen in Ost und West weit überwiegend der Staatsidee der Demokratie zustimmen. Aber wir wissen auch, dass sie sich weit skeptischer äußern, wenn danach gefragt wird, wie gut die Demokratie in Deutschland funktioniert. Die Gründe dafür sind vielfältig und jetzt auch nicht unser Thema, aber eindeutig ist, dass das Bild, das Politiker, das die Politik bietet, dem Vertrauen in die Politik und in die demokratischen Institutionen oft nicht zuträglich ist – um es vorsichtig auszudrücken. Der Umgang unter den Politikern muss sich ändern. Eine Anstandslehre, wenn das nicht zu altmodisch klänge, wäre vonnöten. Eine Lehre vom Betragen von Mensch zu Mensch, die seit jeher Grundlage jeglichen Zusammenseins ist und auch der Ausgangspunkt von politischer Kultur sein muss. Man fühlt sich gelegentlich versucht, nach einem Knigge für Politiker zu verlangen.

Meine Erfahrung ist, dass es auch in anderen Parteien anständige Menschen gibt und dass es falsch ist, die Auseinandersetzung in der Sache zu suchen, indem man zunächst davon ausgeht, die anderen seien weniger fähig, weniger kenntnisreich, weniger gutwillig, ja sie seien im Grunde böse. Auch Politiker sollten anständig miteinander umgehen.

Ich habe zu viele Koalitionen in meinem Leben geführt, als dass ich mich als Fachmann für Konsens empfehlen könnte. Aber ich habe mich immer um ein respektvolles Miteinander bemüht und muss es beispielsweise seit Jahrzehnten ertragen, in der eigenen Familie tiefgreifende parteipolitische Unterschiede zu erleben. Das hat bei mir nicht die Sehnsucht nach großen Koalitionen genährt. Aber es hat mich Respekt vor guten Leistungen gelehrt. Schade, dass mein Bruder und ich deswegen als Ausnahmeerscheinung erwähnt werden, anstatt dass es als etwas Selbstverständliches betrachtet wird.

Parlamentarische Arbeit darf nicht den Eindruck erwecken, sie beschränke sich darauf, mit Gerissenheit, mit Cleverness, mit Ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

REICHENBACH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

08. September 2007

www.kas.de

witztheit, mit Schlitzohrigkeit auf andere Einfluss zu nehmen, sie für eigene Absichten zu gebrauchen, den Gegner auszuspielen, auszuschalten und zu verdrängen. So sehr wir an die Bürgerinnen und Bürger appellieren müssen, in der Sache notwendige Auseinandersetzungen nicht als Zank und Hader zu missdeuten und ihnen deutlich machen müssen, dass Rede wie Widerrede, der Kampf um Mehrheiten zum Parlamentarismus gehören. So sehr wehre ich mich dagegen, dass in Zeitungsüberschriften, wenn unterschiedliche Meinungen auftauchen, sofort von Streit die Rede ist. Und so sehr wir deutlich machen müssen, dass Rede wie Widerrede dazu gehören, so sehr muss der alltägliche Umgang im Parlament darauf gerichtet sein, die Würde des Einzelnen und des Parlamentes zu wahren, das wir – traditionellerweise aus Respekt vor der Souveränität der Bürger – als Hohes Haus zu bezeichnen pflegen.

Die Dialogfähigkeit, die Bedeutung der gemeinsamen Absprachen, der Respekt von Mehrheiten muss anerkannt werden. Entscheidungen kommen nur zustande, wenn sich Mehrheiten bilden. Schon deswegen ist es unredlich, die Entscheidungen von Mehrheiten zu kritisieren. Im Parlament geht es um weit mehr als die Frage eines akzeptablen menschlichen Miteinanders. Die Abgeordneten haben bei der Ausübung ihres Mandats immer zu bedenken, dass sie für alle Bürgerinnen und Bürger gewählt sind. Nicht nur für die, die sie am Wahltag persönlich gewählt haben. „Die Abgeordneten vertreten das ganze Volk“, heißt es im Artikel 39, Absatz 3, Satz 2 der sächsischen Verfassung. Sie sind dem Wohl des Ganzen, dem Gemeinwohl verpflichtet, nicht so als wären sie Botschafter oder Delegierte ihrer Wählerschaft oder eines konstruierten Volkswillens. Sie sind an Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen, wie es ausdrücklich in der Verfassung heißt. Sie sind übrigens auch nicht an Weisungen von Stimmungen und Umfragen gebunden, nicht einmal an Kommentare der vierten Gewalt – so wichtig die Pressefreiheit auch ist.

„Freiheit bedeutet Verantwortlichkeit“, sagt George Bernard Shaw. In diesem Sinne ver-

treten Abgeordnete den Willen des Volkes. Das muss für die Bürger im Verhalten, im Reden, im Handeln, in ihrer politischen Repräsentanz stets sichtbar bleiben. Ein hehrer Anspruch, wird mancher von Ihnen jetzt denken. Wie soll das möglich sein, in einem liberalen Verfassungsstaat mit Fraktionen und Parteien, mit Verbänden, mit sich widerstreitenden Programmen, mit entgegengesetzten Interessen und Meinungen?

Darauf lässt sich nur antworten: Ja, das ist schwierig, aber es ist notwendig. Niemand hat uns als Gebot mitgegeben, alles müsse einfach sein. Was wäre von Politik noch zu halten, wenn sie den Versuch einer Gesamtsicht auf den Einzelnen und sein Verhältnis zur Gesellschaft aufgäbe? Sie stünde nicht nur in wachsendem Maße den Interessengruppen hilflos gegenüber. Letztlich rührt die Frage: „Politik für das Gemeinwohl oder für die Interessen?“ an den Grundfesten des parlamentarischen Regierungssystems.

Der Staatstheoretiker Carl Schmitt, der am Ende der Weimarer Republik großen Einfluss hatte, hat mit schwerwiegenden Folgen einen unaufhebbaren Gegensatz zwischen Parlamentarismus und Demokratie, zwischen Repräsentation und dem Volkswillen konstruiert. Wie leicht fiel es damals angesichts des end- und fruchtlosen Parteienstreits, angesichts der Weigerung zur Übernahme von Regierungsverantwortung und angesichts der Verweigerung demokratischer Gemeinsamkeit zu behaupten: Inmitten all des pluralistischen Interessengezänks, inmitten der Gruppenegoismen sei für den allgemeinen Nutzen nicht gesorgt?

Die Flucht vor dem Andrängen und Eindringen pluralistischer Kräfte hieß bekanntlich Führerstaat, hieß – nach dessen grauenhaften Scheitern – in diesem Teil unseres Vaterlands kommunistische Diktatur. Die vermeintliche Einheit von „Führer und Volk“ oder von „Partei und Volk“ trat an die Stelle von Diskurs und Dialog, von Konkurrenz und Kompromiss. Statt demokratischem Wettstreit Wahrheit, an der niemand Zweifel äußern durfte.

Wir haben schmerzlich erfahren, dass solche Formen von Einheit und Gemeinwohlge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

REICHENBACH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

08. September 2007

www.kas.de

wissheit in die Unfreiheit führen. Umso mehr sind wir heute gefordert, das Schwierige zu tun und mit unseren Parlamenten – die wohlweilich in den Händen parteizugehöriger und dennoch gesamtverantwortlicher Abgeordneten liegen – ein Gemeinwesen zu bilden, in dem sich das allgemeine Interesse mit der Vielfalt der gesellschaftlichen Bestrebungen vereinigt oder wenigstens, so gut es nur geht, annähert.

Die Achtung vor den Rechtsnormen der Verfassung – im Parlament auch vor den Vorschriften der Geschäftsordnung – ist wichtig, sie reicht aber nicht aus. Weder Streit und Widerstreit noch Verhandlung und Ausgleich zwischen den streitenden Gruppen genügt, wiewohl beides unentbehrliche Instrumente der parlamentarischen Arbeit sind, um dem Gemeinwohl auf die Spur zu kommen. Streit kann auch zur Aufspaltung und zum Zerfall führen. Ein Ausgleich, bei dem wechselseitig nur Gefälligkeiten ausgetauscht werden, lässt partikuläre Interessen nur noch deutlicher hervortreten. Reformen sind von dieser Art des Ausgleichs nicht zu erwarten, eher Stillstand und Verharren.

Von Vertretern des Volkes in den Parlamenten ist mehr verlangt. Erst recht, wenn sie den Auftrag haben, eine Regierung zu stützen oder wenn es darum geht, die Handlungsfähigkeit des Staates durch eine neue Regierungsbildung sicherzustellen. Dann liegt Edmund Burkes Forderung des „united in principle“, des demokratischen Grundkonsenses, auch darin, über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg gemeinsame Meinungen und einen gemeinsamen Willen auszubilden, die das politische Fortkommen ermöglichen. Das Gemeinwohl kommt eben nicht von allein, man muss es wollen und möglich machen. Ich habe von dem französischen Politiker Guy Mollet den klugen Satz gelesen: „Eine Koalition ist das Kunststück, den rechten Schuh auf dem linken Fuß zu tragen, ohne Hühneraugen zu bekommen.“ Dieses Kunststück ist von jedweder Koalition verlangt.

Hegel schreibt: „Das Gewissen ist die Gesinnung, das, was an und für sich gut ist, zu wollen.“ Die Gewissensfreiheit des Abgeord-

neten ist ein Korrektiv gegenüber dem Überhandnehmen der organisierten Interessen und dient dem Zusammenhalt und der Funktionsfähigkeit des Parlamentes. Gewissensfreiheit dient nicht, wie oft fälschlicherweise behauptet wird, der Eigenprofilierung. Gewissensfreiheit heißt alles andere als rücksichtsloses und stupides Festhalten an den eigenen Ideen und Überzeugungen. Es heißt vielmehr, sich unter Umständen auch überzeugen zu lassen. Gewissensfreiheit heißt Abstand nehmen vom Eigenen zugunsten des Allgemeinen. Der innere Gerichtshof des Gewissens schafft Raum zur Verständigung, nicht Raum zur ideologischen Verhärtung.

Allzu leichtfertig loben wir in Politik und Öffentlichkeit die politische Konsequenz auf Biegen und Brechen. Wir brauchen in der parlamentarischen Demokratie häufig auch das Lob für wohlüberlegte und umsichtige Inkonsequenz. Martin Luther hat sich vor dem Wormser Reichstag auf sein Gewissen berufen. Aber er hat auch gesagt: „Wir sollen Menschen sein und nicht Götter.“ Luther hielt das eigene Gewissen nicht für irrtumsfrei, sondern nannte in seiner Rede in Worms zwei Instanzen, die ihn zur Selbstkorrektur veranlassen würden: „das Zeugnis der Heiligen Schrift“ und „klare Vernunftgründe“. Übrigens, die Heilige Schrift und klare Vernunftgründe müssen sich keineswegs widersprechen, wie schlecht geschulte Theologen gelegentlich fürchten.

Nach dem christlichen Menschenbild ist der Mensch ein Geschöpf Gottes. Er ist nicht das Maß aller Dinge. Er kann irren und er kann auch schuldig werden. Gleichwohl ist er zu ethisch verantwortlicher Gestaltung der Welt berufen. Verantwortung heißt, für sein Tun und Unterlassen einzustehen und sich dafür zu rechtfertigen – nicht nur gegenüber sich selbst, sondern auch gegenüber den Mitmenschen, so wie in der Politik gegenüber der staatlichen Gemeinschaft. Nach christlichem Verständnis ist der Mensch ein soziales Wesen, das in Kontakt und Austausch mit anderen lebt und nicht allein existieren kann: Schon um geboren zu werden, braucht es zwei Menschen. Die Nächstenliebe, der Dienst am Nächsten, ist ein Urgrund von Politik und politischer Kultur.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

REICHENBACH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

08. September 2007

www.kas.de

Hanna Arendt, der großen deutsch-amerikanischen Philosophin, wird der Satz zugeschrieben, den kein Politiker zu sagen wagen würde, aber den ich wenigstens zu zitieren wage: „Politik ist angewandte Nächstenliebe“. Darüber einmal nachzudenken lohnt sich.

Aus der möglichen Fehlerhaftigkeit des eigenen Erkennens folgt, dass der, der anders denkt und eine andere Meinung hat, deswegen nicht unbedingt dumm und töricht sein muss. Ja, ich habe eine feste Meinung, aber es könnte auch sein, dass der Andere Recht hat! Und um das zu erfahren, muss man ihm doch wenigstens zuhören und seine andere Meinung zu verstehen versuchen.

Der Andere ist kein Mensch von geringerer Würde, auch er ist nach dem Bild Gottes geschaffen und daher gleich an Würde – unabhängig von seiner politischen Überzeugung und seiner Partei. Das christliche Menschenbild fordert Respekt, nicht nur vor der Gleichheit, sondern auch vor der Verschiedenheit. Gleichheit heißt, Menschen gleich zu behandeln. Aber Gleichheit heißt auch, Ungleiches ungleich zu behandeln. Wer das nicht tut, ist ungerecht.

Versöhnung ist ein Begriff, dem das Evangelium substantielle Bedeutung beimisst. Das christliche Versöhnungsgebot ergibt sich aus der eigenen Unvollkommenheit, doch reicht seine Begründung wesentlich tiefer: Zwischenmenschliches Vergeben und die Vergebung Gottes hängen miteinander zusammen. So verlangt die Verwurzelung im christlichen Denken in besonderem Maße, versöhnungsbereit zu sein und von der Verteufelung des Anderen abzusehen. Je mehr die Sicherung der allgemeinen Wohlfahrt davon abhängt, desto verpflichtender werden Anstrengungen, ein getrübtetes oder zerstörtes Verhältnis wiederherzustellen.

Aus dem christlichen Menschenbild erwachsen natürlich Konsequenzen für den mitmenschlichen Umgang und für das gemeinwohlorientierte Verhalten in der Politik, das Lähmung und Blockade überwindet und Neuanfänge möglich macht. Zugleich leiten sich daraus Schranken für das politische Handeln ab.

Das grundgesetzliche Postulat der Verantwortung vor Gott und den Menschen aus der Präambel des Grundgesetzes – ein christliches Erbe – markiert Grenzen der Konformität und Übereinkunft. Es antwortet auf Nationalsozialismus und Sozialismus, die von den Menschen unbedingten Gehorsam gegenüber dem Führer beziehungsweise gegenüber der Partei verlangt hatten. Noch mehr als in der Diktatur, die den Anspruch auf Gefolgschaft mit Verfolgung und Terror durchzusetzen versucht, ist von uns das Gegenteil von Opportunismus und Selbstaufgabe gefordert. Weil es eine höhere Instanz gibt als die Gesellschaft oder den Staat, sind wir notfalls verpflichtet, gegen allen Konformitäts- oder Erfolgsdruck, gegen alle Einflussnahme und alle vermeintlichen Sachzwänge zu widersprechen.

Die Bürger – erst recht die in das Parlament gewählten – müssen die Res publica zur eigenen Sache machen, müssen für sie eintreten, ihre Funktionsfähigkeit sichern, Sorge tragen für den gegenwärtigen Zustand und für die weitere Entwicklung des Gemeinwesens. Aber sie müssen das nicht bedingungslos tun, sondern jeder Schritt muss sorgfältig bedacht, jede Handlung muss überlegt und abgewogen werden.

Das christliche Menschenbild öffnet der Belieblichkeit nicht Tür und Tor, es fragt nach der Berechtigung, nach pragmatischer Vernunft und sittlichen Maßstäben, ohne die moralischen Kriterien in jeder Einzelfrage so hoch zu hängen, dass die Wirklichkeit dahinter verschwindet. Tausend Entscheidungen haben keinen moralischen Wert, sondern haben ihren Wert darin, dass sie getroffen werden. Es ist nicht moralisch besser, rechts zu fahren und nicht links. Aber es ist eine Katastrophe, wenn man sich nicht darauf einigt, ob man rechts oder links fährt. Alle noch so hoch gesteckten gesellschaftlichen Ziele – mögen sie auch noch so menschenfreundlich und verführerisch daherkommen, wie einst die Berufung auf den sozialistischen Humanismus – fordern zur Abwehr heraus. Der Schutz gegen Machtmissbrauch muss Vorrang haben.

Das christliche Verständnis vom Menschen verhilft zu der Einsicht, dass Mehrheit in der

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

REICHENBACH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

08. September 2007

www.kas.de

freiheitlichen Demokratie nicht Wahrheit ist, aber auch dazu, dass Mehrheit Ersatz für nicht erreichbare Einstimmigkeit ist. Weil nicht alle der gleichen Meinung sind, muss die Mehrheit entscheiden, wie es weitergeht, denn sonst passiert das Schlimmste: Es geht gar nicht weiter. Und das muss selbstverständlich verhindert werden.

Demokratiekritik ist erlaubt, ist notwendig und liegt in der Natur der Sache, doch gehört zum Ethos unter Demokraten, Augenmaß und Sinn für die politischen Proportionen zu pflegen. So ernst und so vielschichtig unsere Probleme auch sind, wir sollten uns dennoch davor hüten, instabile Verhältnisse herbeizureden, weil wir zu führen vergessen. Nicht jede Schwierigkeit stellt gleich die Demokratie in Frage. Fördern wir doch bitte kein Denken, dass das gelebte, zweifellos mit Fehlern behaftete Leben zugunsten perfektionistischer Demokratievorstellungen in Misskredit bringt. „Die Gefahr missverständener Demokratie ist größer als die der Ablehnung demokratischer Zustände“, sagt der Staatsrechtler Werner von Simson und hat Recht.

Falsche Versprechungen und zu hohe Erwartungen rufen unvermeidlich Enttäuschungen hervor. Es ist schlecht, Unrealistisches zu versprechen, aber man muss auch kritisieren, dass Versprechungen zu leichtgläubig geglaubt werden. Die Schuld liegt nur zu einem Teil, vielleicht zum größeren Teil, bei dem, der sich in Versuchung führen lässt, zu versprechen. Sie liegt aber auch bei dem, der wider alle Erfahrungen nichterfüllbare Versprechungen glaubt. Politik ist eben die Kunst des Möglichen und nicht des Unmöglichen. „Politiker“, sagt Max Weber, „sind nicht die Ingenieure des menschlichen Glücks“. Gefährlich ist, dass sie sich gelegentlich dafür halten, aber viel gefährlicher ist, dass sie von Wählern gelegentlich dafür gehalten werden.

Wo Verunsicherung und wo Verständigungsprobleme herrschen, wo Orientierungswille schwindet, gilt das christliche Verständnis vom Menschen. Es gibt eine klare Richtung vor. Ich darf den Römerbrief von Paulus, Kapitel 14, Vers 19 zitieren: „Lasst uns nach dem streben, was zum

Frieden und zum Aufbau beiträgt.“ Noch entschiedener im Hebräer-Brief, Kapitel 12, Vers 14: „Jaget dem Frieden nach mit jedermann.“ Christen fühlen sich verpflichtet, in Frieden miteinander zu leben, Konflikte zu vermeiden und, wo sie eben doch bestehen, sie zu überwinden. Wir sind verpflichtet, gegen Unfrieden, gegen Unrecht und gegen Unfreiheit einzustehen.

Thomas von Aquin, der große Denker des Mittelalters, hat das christliche Friedensgebot auf die Politik übertragen. „Das Gut ... und das Heil einer vergesellschafteten Menge beruht darin, dass ihre Einigkeit bewahrt werde, welche Friede genannt wird; wird der Friede hinweggenommen, so geht der Nutzen des gesellschaftlichen Lebens unter, so dass die zerfallene Menge sogar sich selber zur Last fällt.“ Lieber Ärger mit einer bestehenden Ordnung als zerfallende Ordnungen, die niemandem nützen.

Sternberger – mein Heidelberger Lehrer, einer der Gründerväter der Politischen Wissenschaft im Nachkriegsdeutschland – knüpft an den Gedanken von Thomas von Aquin an und begibt sich bewusst in den Gegensatz zu Carl Schmitt und auch zu Max Weber. Er postuliert: „Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Friede.“ „Frieden herzustellen, Frieden zu bewahren, zu gewährleisten, zu stärken und freilich auch zu verteidigen, ist Politik“. Das Wesen des Friedens aber ist es, ihn zu regeln. Sein Wesen ist es nicht, jeden Streit abzuweisen und auszuschließen oder gar abzuschaffen. Nur soll sich im zivilisierten Streit die Lebensluft der Freiheit erhalten. Der Friede beruht auf vertraglicher Vereinbarung, nicht auf Herrschaft – nicht Einheit, Einigung ist sein Wesen. Der Staat, wenn er als Gemeinwesen glückt, ist der Ort des verwirklichten Friedens.

Gegen Max Weber, der „in einer grimmigen Besessenheit so viel hundert Mal wiederholt“ hat, dass politische Aufgaben solche seien, „die nur mit Gewalt zu lösen sind“, betont Sternberger, dass zur Politik „Verhandlungen, Verträge, Kompromisse, Zusammenschlüsse, Verbündelungen nach gemeinsamen Regeln, Verfassungen ... gehören“.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

REICHENBACH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

08. September 2007

www.kas.de

Unsere repräsentative und gewaltenteilige Demokratie in Deutschland, die diesem Politikverständnis folgt, ist ein überaus kompliziertes Gebilde, fragil und zerbrechlich, fragiler und zerbrechlicher als alle anderen Staatsformen. Darum ist es auch notwendig, dass man Demokraten erzieht, dass man in der Schule nicht nur Rechnen und Schreiben lernt, sondern auch Demokrat werden lernt. Man wird nicht als Demokrat geboren.

Alle anderen Staatsformen sind leichter zu handhaben. Sie respektieren nur alle nicht die Würde des Menschen und geben nicht jedem ein Mitspracherecht. Unsere Staatsform verlangt Gemeinschaftsgestaltung durch Verhandlung anstelle der Macht des Stärkeren: Staatsgewalt mittels gerechter Machtverteilung und bewusster Machtbegrenzung. Das Bedürfnis nach einfachen Lösungen und glasklaren Entscheidungen befriedigt Demokratie in der Regel nicht. Demokratie erfordert Anstrengung und Einsichtsfähigkeit von den Bürgern wie von seinen Repräsentanten. Aber, und das sollte man häufiger betonen, Demokratie vermeidet Gewalt und sichert die Freiheit.

Die Theorie Carl Schmitts hat das Wesen des Staates aus dem Bürgerkrieg zu erklären versucht und die Welt in Freunde und Feinde sortiert. Wechselseitige Toleranz hat er nicht zugelassen. Bei Sternberger ist der politische Gegner nicht Feind. Dennoch gewährt die Verfassung nur denen Freiheit und Schutz, die sie in der Substanz anerkennen und ihr Verhalten danach bemessen. Schon 1946 fällt der vielzitierte Satz: „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit.“ Ob er ihn geprägt hat, oder ob ihn Eschenburg zu Recht Carlo Schmid zuschreibt, sei dahingestellt. 1946 war zu vollem Bewusstsein gekommen: Was im Nationalsozialismus geschehen war, sollte sich nie wiederholen. Später hat Sternberger sein Diktum ausdrücklich auf alle anderen Verfassungsfeinde bezogen und vor dem falschen Frieden oder vor der falschen Nachgiebigkeit gegenüber den Feinden der Freiheit gewarnt.

Unsere freiheitliche Demokratie will eine abwehrbereite, eine wehrhafte und eine wertbetonte Demokratie sein, keine formale

wie die Weimarer Demokratie, die den ideologischen Angriffen ihrer Gegner von links und rechts schutzlos ausgeliefert war und deswegen zugrunde ging. Selbst wenn sich das Grundgesetz ausdrücklich zu weltanschaulicher und religiöser Neutralität bekennt, so besteht doch kein Zweifel daran, dass der Parlamentarische Rat bei Entwurf und Beratung unserer Verfassung im Bewusstsein eines christlichen Menschenbildes gehandelt hat. Die Unantastbarkeit der menschlichen Würde, der oberste Wert, die Fundamentalnorm unseres Grundgesetzes, ist der Kern der christlichen Lehre. Und deshalb ist das Christentum keine Staatslehre in Deutschland. Selbstverständlich können sich diejenigen Mitbürger, die Würde, Gleichheit und Freiheit des Menschen nicht aus dem christlichen Glauben, sondern aus der griechisch-römischen Antike, aus Judentum und Aufklärung ableiten, ebenfalls auf das Grundgesetz berufen.

Das Neue Testament weist meiner Auffassung nach auch nicht den Ansatz einer Staatsphilosophie auf. Deshalb gibt es auch keine christliche Politik, die eine solche Staatsauffassung umzusetzen hätte. Aber: Es gibt christliche Politiker, die ihr Tun und Lassen letztlich an einem christlichen Wertekanon ausrichten oder sich zumindest darum bemühen. Aus dem christlichen Glauben lässt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten.

Wir, die Konrad-Adenauer-Stiftung, haben vor anderthalb Jahren 14 renommierte evangelische und katholische Sozialethiker gebeten, sich mit diesem Thema zu befassen. Sie haben ein Papier mit dem Titel „Im Zentrum Menschenwürde“ vorgelegt, wo sie bezugnehmend auf das christliche Menschenbild sagen, „welche grundlegende und umfassende Bedeutung diesem Leitkonzept für alle Bereiche ihrer politischen Verantwortung zukommt: etwa für das Verhältnis der Kulturen und Religionen zueinander, für Religions- und Gewissensfreiheit, für Bioethik und Genforschung, für Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie für Bildungs- und Erziehungspolitik.“

Das Bekenntnis zum „C“ in der Christlich Demokratischen Union, und das sollte nie-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

REICHENBACH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

08. September 2007

www.kas.de

mand vergessen, ist kein Anspruch, sondern ist eine Verpflichtung, unter die sich die Mitglieder begeben. Mit der Programmdebatte will die Union ihr Profil angesichts neuer Herausforderungen, die es bei der Verabschiedung des Programms von 1994 oder gar von 1978 noch nicht gegeben hat, suchen. Von fehlender Unterscheidbarkeit der Volksparteien, gar von „politischer Mittesoße“, wie manchmal gesagt wird, kann meiner Ansicht nach keine Rede sein. In der Koalition in Berlin würde man sich nicht täglich streiten, wenn man in allem einer Meinung wäre. Nein, die Union hat ihre Wurzeln im christlich-sozialen, im wertkonservativen und im liberalen Erbe der deutschen Parteiengeschichte. Und es ist ihr Verdienst, dass die Männer und Frauen bei der Gründung der Partei nach 1945 diese Strömungen zusammengeführt haben und eine Union von evangelischen und katholischen Christen – eine ökumenische Partei – entstanden ist. Übrigens lange bevor die Kirchen in Deutschland eine ökumenische Bewegung begannen. In diesem Fall war die Politik einmal vor der Kirche aktiv.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ländliche und städtische Bevölkerung, die unterschiedlichsten sozialen Schichten haben sich zusammengefunden und haben den Kampf gegeneinander, den Geistes des Klassenkampfes, überwunden. Die ausgestreckte Hand und nicht mehr die geballte Faust ist zu ihrem Symbol geworden. Die Union war insbesondere in der Gründerzeit dadurch geprägt, dass sie nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und der von ihm verschuldeten politischen und gesellschaftlichen Katastrophe einen Neuanfang wagte. Sie hat die Bundesrepublik Deutschland in den Kreis der freien Völker, der westlichen Demokratien geführt und dadurch letztlich die Wiedervereinigung ermöglicht.

Die Union half nach 1945, wie auch nach dem Epochenjahr 1989, der freiheitlichsten Gesellschaftsordnung Gestalt zu geben, die es auf deutschem Boden in der Geschichte je gegeben hat. Mit verbrieften Grundrechten, mit einer politischen Ordnung, die Schutz vor Willkür bietet und einer Wirtschaftsordnung, die nicht mehr allein den Gesetzen des Marktes gehorcht, sondern

sozial gebunden ist. Aber: Die Union darf die Tatsache, dass sie bei der letzten Bundestagswahl schlecht abgeschnitten hat, vor lauter Freude, dass sie die Kanzlerin stellt, nicht verschweigen, sondern sie muss den Gründen für ihr schlechtes Abschneiden nachgehen. Nicht nur sie, beide großen Volksparteien haben zusammen das schlechteste Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit 1949 erzielt und beide haben mit ansehen müssen, dass die Ränder des politischen Spektrums gestärkt werden.

Noch so sinnvolle Lösungsvorschläge für tagessaktuelle Fragen allein reichen eben offensichtlich nicht aus. Viele Menschen wollen wissen, was denn die Grundsätze sind, nach denen die politisch Verantwortlichen die Zukunft gestalten wollen, die heute nur in Umrissen erkennbar ist. Sie wollen wissen, was unsere Zukunftsziele sind. Wer langfristige Perspektiven benennen, wer ein Zukunftsbild unseres Landes und von Europa entwerfen kann, wer Vertrauen schaffen und zu Zukunftsanstrengungen motivieren will, der muss seine Grundsätze benennen und den Kern seiner Überzeugungen klar und trennscharf freilegen. Er muss nachweisen, dass er über einen Kompass verfügt, der die Richtung angibt. Tun die Parteien das nicht, wird ihr Handeln beliebig und dann dürfen sie sich nicht wundern, dass auch das Wahlverhalten der Bürger beliebig wird. Wer eine Partei nicht mehr wegen ihrer Grundausrichtung wählt, sondern nur, weil sie an der einen oder anderen Stelle diese oder jene Baustelle aufzumachen oder zu schließen verspricht, der wird der Partei auf Dauer seine Unterstützung nicht geben.

Union und SPD mussten eine große Koalition eingehen – nicht, weil sie es wollten, sondern weil die Wähler es ihnen aufgegeben hatten. In dieser Konstellation, die wir jetzt haben, die notwendig ist und für eine Legislaturperiode akzeptiert werden muss, besteht die Gefahr, dass die Koalitionsabkommen für Parteiprogramme gehalten werden. Und deswegen muss man den Wählern deutlich machen, dass eine große Koalition ein Zweckbündnis auf Zeit ist, eine Einigung auf einigungsfähige Aufgaben, aber auch ein Ausklammern von nicht einigungsfähigen Zielen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

REICHENBACH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A. D.

08. September 2007

www.kas.de

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist es an der Zeit, darüber nachzudenken, warum man sich nach dem Irrweg in den Totalitarismus ethischer und religiöser Vorstellungen wieder erinnert. Auch wenn ich vorsichtig skeptisch bin, überraschend ist es schon, dass wertbezogene Bücher die Bestsellerlisten anführen, dass ein Komiker mit einem Buch über eine Wallfahrt Platz 1 auf der Bestsellerliste belegt oder ein Journalist mit seinem Buch „Schluss mit lustig“ Erfolg hat. Wie selbstverständlich führt auch das Buch des Papstes über Jesus von Nazareth die Bestsellerlisten mit an. Hier zeigt sich meines Erachtens ein neu aufgebrochenes Interesse an Wertefragen. Es ist mit Händen zu greifen, dass sich hier etwas geändert hat: Familie ist nicht mehr „Gedöns“, Lehrer sind nicht mehr die „faulen Säcke“ der Nation und über Eliten zu sprechen ist wieder erlaubt.

Es wäre sträflich und wider aller Vernunft, wenn die Union diese Entwicklungen nicht nutzen würde. Wer sich um Werte bemüht, liegt nicht nur im gesellschaftlichen Trend, sondern hat zugleich die Chance, dass seine Politik als Konsequenz einer eigenen und damit auch unterscheidbaren Wertorientierung wahrgenommen wird. Dass die Volksparteien gegenwärtig unter einer abnehmenden Bindekraft leiden, ist wohl von niemandem zu bestreiten. Dass die Mitgliederzahlen eher abnehmen, dass seit 1998 die Union bei drei Bundestagswahlen unter 40 Prozent lag, die Wahlbeteiligung vor allem bei Landtags- und Kommunalwahlen miserabel ist, ist festzustellen. Aber ich bestreite, dass das so bleiben muss. Es gibt Chancen, die wachsende Ausdifferenzierung des Parteiensystems ist kein Schicksal.

Wer erinnert sich noch, dass im ersten Deutschen Bundestag von 1949 – unter den Bedingungen der Fünf-Prozent-Sperrklausel auf Landesebene – neun Parteien vertreten waren; die CSU, ein Abgeordneter des Südschleswigschen Wählerverbands und drei Unabhängige nicht eingerechnet? 1953 – erstmals mit Fünf-Prozent-Klausel auf Bundesebene – zogen noch fünf Parteien in den Bundestag ein – wiederum ohne die CSU mitzuzählen. 1957 waren es vier und 1961 drei. Es kann sich auch ändern. Es kann

auch wieder eine Rückbesinnung auf Stabilität geben.

So erfreulich es ist, dass die Union in Umfragen auf Bundesebene wieder Werte von knapp 40 Prozent erreicht, so sehr ist mittelfristig die Frage zu stellen, wie weit sie über 40 Prozent hinauskommt. Die Union ist in der letzten Zeit ein gutes Stück vorangekommen, aber sie ist noch nicht da, wo sie hin muss. Auch das muss deutlich gesagt werden. Auf der Basis der christlich demokratischen Wertgrundlagen muss sie den Mut zu Richtungsentscheidungen aufbringen, muss deutlich machen: Politik ist nicht nur die Umsetzung wechselnder Wünsche, sondern auch Führung und Gestaltung. Anders und einfacher ausgedrückt: Wer den Wählern nur nachläuft, sieht sie immer nur von hinten. Eine Partei muss den Wählern gelegentlich auch als richtig erkannte Auffassungen nahebringen und sie davon überzeugen.

Gott sei Dank haben repräsentative Systeme die Möglichkeit, dass man widersprechen kann. Nur geschieht das durch einen Dialog zwischen Regierten und Regierenden. Das ist eine andere Vorstellung von Demokratie als nur die Umsetzung des Allensbacher Monologs des Volkes durch die Regierenden, wie sie gelegentlich Parteien einfordern, die unentwegt die „schillernde Perle des Volkswillens“ populistisch vor sich hertragen. Ihnen ist entgegenzuhalten: Wahlen sind in erster Linie Entscheidungen für Personen und für Parteien, keine Entscheidungen über einzelne Sachfragen, die man für die nächsten vier oder fünf Jahre ja gar nicht kennt.

Konrad Adenauer hat gesagt: „Wenn die anderen glauben, man sei am Ende, so muss man erst richtig anfangen.“ Ich glaube, die Demokraten in ganz Deutschland, vor allem auch in den Volksparteien, stehen in der Tat vor einer Bewährungsprobe. Die Parteien müssen Vertrauen herstellen, sie müssen sich als handlungsfähig erweisen, sie dürfen nicht zulassen, dass sich die Menschen von der Demokratie abwenden, weil die demokratischen Parteien in ihren Augen nicht in der Lage zu sein scheinen, die Probleme zu lösen. Das alles in der fes-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

REICHENBACH

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

08. September 2007

www.kas.de

ten Überzeugung, dass sich die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland nicht vor Konkurrenz zu fürchten brauchen.

Falsche Aufgeregtheit ist fehl am Platze. Auseinandersetzung mit den programmatischen Aussagen anderer, auch neuer Parteien ist die entscheidende Aufgabe. Und was die Bekämpfung des Rechtsextremismus betrifft: In dieser Frage sollten sich alle demokratischen Parteien einig sein und keine Zeit damit verschwenden, sich gegenseitig vorzuwerfen, dass der eine noch stärker gegen Rechtsradikalismus auftritt als der andere. Gefordert ist die unbestreitbare Entschlossenheit. „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“, das ist die Richtschnur, an die wir uns bei der Verteidigung unserer freiheitlichen Ordnung zu halten haben. Auf die Klugheit der Wähler zu vertrauen, heißt alles andere als Beschwichtigung oder Leugnung. Es erfordert von uns die wirkliche Anstrengung der politischen Auseinandersetzung. Lohnend ist sie. Denn letztlich fällt der Wähler den Urteilsspruch und niemand anderes.

„Notwendig ist die Sorge aller für die Freiheit“, hat Karl Jaspers einmal gesagt. Und Karl Popper sagt, „dass wir keinen Grund haben, die Hoffnung aufzugeben – und die Arbeit für eine bessere Welt.“ Ich meine, diese Hoffnung kann sich auch auf das beziehen, was wir in den letzten 20 Jahren in Deutschland erlebt haben. Was Sie in Sachsen erlebt haben, was ich in Thüringen erlebt habe. Wenn mir das jemand vor 20 Jahren vorausgesagt hätte, ich hätte ihn zum Arzt geschickt, um ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Für möglich gehalten hätte ich das nicht.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, verlangen aber eben nicht nur technisch-kalkulatorisches Handeln, sondern auch sittliche Vernunft. Nur ein vertieftes Verständnis normativer Grundlagen führt zu einer zukunftsorientierten Politik.

Max Weber hat Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Gestaltung von Politik genannt. Nur mit „Leidenschaft – Verantwortungsgefühl und Augenmaß“ wird es gelin-

gen, die Menschen zu begeistern, ihr Vertrauen in die Politik zu gewinnen und die Zukunft zu gewinnen. Er hat hinzugefügt: Es ist das Bohren dicker Bretter. Und dicke Bretter kann man nur bohren, wenn man weiß, warum man sie bohrt und wenn man die notwendige Geduld aufbringt, sie zu bohren. Ich entschuldige mich für die Geduld, die ich Ihnen abverlangt habe, und ich wünsche Ihnen diese Geduld auch in Zukunft, für Sachsen und für Deutschland.